Vielfalt war gestern? Familienbilder und sexuelle Identität im aktuellen gesellschaftlichen Diskurs

1. Von der Vielfalt des Diskurses um Vielfalt

Nicht nur Lebensweisen und Beziehungen werden immer pluraler und vielfältiger, auch der Diskurs um Vielfalt wird von sehr unterschiedlichen Akteur_innen bestimmt und ist damit als vielfältig zu bezeichnen. Wir haben es aktuell mit einer Gleichzeitigkeit von sehr unterschiedlichen, genauer: von sehr progressiven *und* sehr reaktionären, Positionen und Entwicklungen zu tun. Dies bezieht sich nicht nur aber eben auch auf die Akzeptanz bzw. Ablehnung sexueller Vielfalt, um welche es in meinem Vortrag schwerpunktmäßig gehen soll. Dazu ein paar Beispiele. Wie Anfang des Jahres (2017) veröffentlicht, fand die von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes in Auftrag gegebene Studie zu Einstellungen gegenüber homosexuellen Menschen heraus, dass es in der Bevölkerung eine relativ große Akzeptanz gibt. „Demnach stimmen 83 Prozent der Befragten der Aussage zu, Ehen zwischen zwei Frauen bzw. zwei Männern sollten erlaubt sein. Rund 95 Prozent bezeichneten es außerdem als gut, dass homosexuelle Menschen gesetzlich vor Diskriminierung geschützt sind." (Internetseite der Antidiskriminierungsstelle[1]) Zwar seien Formen versteckter Homophobie noch recht virulent, aber letztlich sei eine große Mehrheit für Gleichstellung und gegen Diskriminierung. Die SPD erwägt die Forderung nach eine *Ehe für alle* zum Wahlkampfthema zu machen. Im März erlässt der Justizminister Heiko Maas ein Gesetz, nach dem schwule Männer, die aufgrund des § 175 verurteilt worden waren, rehabilitiert und entschuldigt werden sollen. Gleichzeitig können wir aber auch beobachten, dass und wie Homophobie und die Ablehnung von sexueller Vielfalt von neuen konservativen Protestbewegungen lautstark geäußert wird und auf Politik entsprechend Einfluss genommen wird. Die Folgen lassen sich vor allem an den kontroversen Diskussionen um die Thematisierung sexueller Vielfalt im Rahmen von Unterrichtsplänen und Richtlinien ablesen. Mit der AfD ist mittlerweile auch eine Partei in einigen Landesparlamenten vertreten, die stark homophobe Ressentiments schürt und vor allem Angriffe auf ‚Gender' und Sexualpädagogik zur politischen Mobilisierung nutzt.

Im Folgenden sollen diese Versuche genauer beleuchtet werden, sexuelle Vielfalt von rechts zu politisieren und zu diffamieren. Die neuen rechten Kampfbegriffe „(Anti-)Genderismus", vielfach auch „Genderwahn" und „Genderideologie", und „Frühsexualisierung" und die mit ihnen verbundenen Assoziationen sind zentrale Bausteine (d.h. Element und Vehikel) gegenwärtiger rechtskonservativer/rechtspopulistischer Ideologien. Dieser dreifache Abwehrkampf – gegen Gender, gegen sexuelle Vielfalt und gegen Aufklärung – wird in der Rhetorik mit der Sorge um das Kindeswohl verknüpft und ist auch deswegen, so meine These, relativ erfolgreich (vgl. auch Schmincke 2015). Der Bezug auf das Kind wird zum politischen Einsatz und schließt sehr rechte Positionen auf für ansonsten gemäßigtere Stimmen.

[1] Zum Herunterladen der Broschüre, in der erste Ergebnisse veröffentlich werden: http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Umfragen/Handout_Themenjahrumfrage_2017.html?nn=6570904

2. Politisierung sexueller Vielfalt/Gender/Sexualaufklärung von rechts

2.1 Wer? Ereignisse und Akteur_innen

Den Anfang dieser neuen konservativen Mobilisierungen bildeten die Demos der *Manif pour Tous* in Frankreich 2012/13. 2012 versprach der neu gewählte Präsident François Holland die *Marriage pour tous*, die Ehe für alle, durchzusetzen, die vor allem eine Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partner_innenschaften hinsichtlich des Adoptionsrechts herstellen sollte. Im Herbst initiierte ein Bündnis, das von der katholischen Kirche bis zu politisch konservativ bis sehr rechten Gruppierungen reichte, einen Protest, der im Laufe des anschließenden Jahres eine große Massenwirkung entfaltete und daher auch überregional wahrgenommen wurde. Im Mai 2013 wurde nach kontroversen Debatten das Gesetz jedoch verabschiedet. Die Gegner_innen wandten sich nun schulpolitischen Themen zu. Sie starteten eine Kampagne gegen eine Unterrichtseinheit zur Sensibilisierung von Gender-Stereotypen, die sie in der als *Ideologie du genre* verunglimpften.

In der BRD entfaltete sich die neue Sichtbarkeit ähnlicher Gruppierungen ebenfalls an einem schulpolitischen Thema. Im November 2013 startete ein evangelikaler Lehrer die Petition „Zukunft – Verantwortung – Lernen: Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens“, mit welcher er gegen einen Bildungsplan protestierte, welcher Vielfalt als Querschnittsthema verankern. Im Januar 2014 bekam die Petition auf einmal große auch überregionale Aufmerksamkeit und in diesem Zuge auch 190 000 Unterschriften. Die Regierung knickte später ein und formulierte die Ziele des Bildungsplans um.

Die Petition wurde von Demonstrationen der Initiativen bzw. Bündnisse *Demo für alle* und *Besorgte Eltern* flankiert. Insgesamt fanden in Stuttgart zwischen Februar 2014 und 2015 sechs Demonstrationen gegen den Bildungsplan bzw. dann auch zu Themen wie „Frühsexualisierung“ und gegen „Gendermainstreaming“ statt. Die Klientel dieser Demos bildeten nach Teidelbaum in erster Linie konservative und fundamentale Christen, des weiteren Zeugen Jehovas und Pius-Bruderschaft, rechtslastige oder autoritäre Politsekten, Teile der russisch-orthodoxen Kirche, Mitglieder rechtsextremer Parteien/Bewegungen wie die NPD und die Identitären, einzelne aus der CDU und last not least der Landesverband der AfD (vgl. Teidelbaum 2015. Das Thema Trans- und Homophobie konnte offenbar verschiedene Gruppierungen zusammenbinden.

Demo für alle

Die Organisation *Demo für alle* trat erstmals im Rahmen der Stuttgarter Demos in Erscheinung. Angelehnt auch in ästhetischer Hinsicht an die französischen *Manif pour tous* (Logo: Scherenschnitt Familie, starke blau/magenta Farbe) wurden die Demos zunächst von der „Initiative Familien-Schutz“ koordiniert, deren Sprecherin die AfD Politikerin Beatrix von Storch war und jetzt ihr Mann ist. Mittlerweile firmiert als zentrale Koordinatorin und quasi „Gesicht“ der Organisation Hedwig Freifrau von Beverfoerde. Die zwischen 2014-2016 organisierten Demos (zuletzt am 30.10.16 in Wiesbaden) hatten zwar einen hohen medialen Aufmerksamkeitsfaktor, konnten in der Mobilisierung jedoch nicht annähernd an den Erfolg der französischen Bewegung anschließen. Vielmehr handelt es sich um Kampagnen-Demos, d.h. stark von oben gelenkte und organisierte Demonstrationen. Die zentrale Forderung ist immer mit dabei: „Ehe und Familie vor! Stoppt Gender-Ideologie und Sexualisierung unserer Kinder!“ Neben den Demos organisiert das Netzwerk auch Petitionen und versucht vor allem Einfluss auf die Formulierung von Bildungsplänen zum Thema Gender und Sexuelle

Vielfalt bzw. zur Sexualpädagogik überhaupt zu nehmen, was ihnen zumindest in Bayern auch gelungen ist. Dort sollten 2016 neue „Richtlinien für die Familien- und Sexualerziehung in den bayerischen Schulen" verabschiedet werden. Einige Vertreter_innen der *Demo für alle* sowie die bekannte antifeministische rechte Publizistin Birgit Kelle trafen sich mit dem Kultusminister Spaenle und bewirkten markante Veränderungen an dem Plan: Statt von Akzeptanz sexueller Vielfalt ist jetzt nur noch von Toleranz die Rede; die Möglichkeit sexualpädagogischer Beratung durch Externe wurde insofern eingeschränkt, als auf die Aufsichtspflicht der Lehrer_innen hingewiesen wird. Diese neuen Richtlinien wurden im Dezember letzten Jahres verabschiedet. Es gibt aber auch innerhalb der CSU Strömungen, die die Forderungen der Demo für alle unterstützten: *Der Konservative Aufbruch* wird auf der Internetseite der *Demo für alle* ganz explizit als Bündnispartner genannt. Eine Akteurin des Treffens mit Spaenle war eine Vertreterin der Elternaktion Bayerns. Die Elternaktion wird auch von Beverfoerde koordiniert und scheint als regionaler Ableger der *Demo für alle* zu fungieren.

Auch wenn Beobachter_innen feststellen, dass sich die *Demo für alle* immer mehr nach rechts bewege – zu der letzten Demonstration im Oktober 2016 hätten neben dem dortigen Pegida-Ableger auch weitere rechtspopulistische bis rechtsextreme Gruppierungen und Parteien aufgerufen: die Identitäre Bewegung, die rechtsextreme Partei Der III. Weg, die NPD, die AfD (vgl. Weniger 2017: 9), so ist gleichermaßen zu betonen und kritisch zu beäugen, dass die radikalkonservativen Positionen durchaus Anschluss in die sog. etablierten Parteien hinein, vor allem in der CDU/CSU finden. Dies hat sich beispielsweise im Parteiprogramm der CSU niedergeschlagen, wo auf einmal die Kampfvokabeln „Genderwahn" und „Frühsexualisierung" auftauchen.

Besorgte Eltern

Der zweite relevante Akteur in der Mobilisierung gegen die sog. „Frühsexualisierung" und „Genderideologie" neben der *Demo für alle* ist die Initiative „Besorgte Eltern", die von einem evangelikalen Vater 2013 gegründet wurde und in ganz ähnlicher Weise und häufig auch gemeinsam mit den Initiator_innen der „Demo für alle" bundesweite Demonstrationen anzettelt. Sie betreibt einen Blog und bietet Vernetzung an zu den Themen „Frühsexualisierung, Sexualunterricht, Genderismus und Sexualisierung". „Sex" ist offenbar für die Eltern ein großes Thema. Auch für diese Organisation gilt, dass sie vergleichsweise wenig Zulauf erhält, sich dennoch der medialen Aufmerksamkeit sicher sein kann und sehr stark mit anderen rechten Gruppen und Publika vernetzt ist. *Besorgte Eltern* und *Demo für alle* sind die nach außen wahrnehmbaren Akteur_innen, die zum Thema „Frühsexualisierung" mobilisieren und den Schutz der Kinder vor sexuellen Einflüssen, vor staatlichen Einflüssen und vor allem denen der ‚Homolobby' meinen verteidigen zu müssen. Die Thematik (oder besser Propaganda) dieser beiden Initiativen bzw. Netzwerke wird mittlerweile auch prominent von der AfD repräsentiert.

Alternative für Deutschland (AfD)

Nachdem anfangs einzelne Personen bzw. Landesverbände in der AfD das familienpolitische Profil der Partei über die Themen „Frühsexualisierung" und „Gender-Ideologie" zu schärfen versuchten, sind diese mittlerweile fundamentaler Bestandteil des 2016 verabschiedeten

Grundsatzprogramms. Neben dem ‚Bekenntnis' zur traditionellen Familie und der bevölkerungspolitischen Forderung „Mehr Kinder statt Masseneinwanderung" sowie der Verurteilung von Schwangerschaftsabbrüchen, taucht in einem anderen Absatz explizit die Terminologie der *Demo für alle* und *besorgten Eltern* auf. Dort heißt es:

„Die Gender-Ideologie und die damit verbundene Frühsexualisierung, staatliche Ausgaben für pseudowissenschaftliche „Gender-Studies", Quotenregelungen und eine Verunstaltung der deutschen Sprache sind zu stoppen."

Ergänzt und vor allem ideologisch verstärkt wurde die Parteiprogrammatik durch die „Magdeburger Erklärung zur Frühsexualisierung" der Landtagsfraktion von Sachsen-Anhalt im November 2016. Dort wurde festgehalten, dass die Familie (verstanden als heterosexuelle Familie) unbedingt geschützt werden müsse, weil sie den Erhalt des Volkes, des Staates und der Nation garantiere. Kinder seien vor Frühsexualisierung zu schützen. In dieser Erklärung wird vor allem das völkische Moment deutlich, welches sich hier mit der Dämonisierung von Gleichstellung, sexueller Vielfalt und Sexualpädagogik verknüpft.

Nach Andreas Kemper, der eine Studie zu familien- und geschlechterpolitischen Positionen in der AfD erstellt hat, versammeln sich in dieser Partei verschiedene Gruppen, die evangelikal, antifeministisch und homophob eingestellt sind und die im Ganzen ein konservatives Familienmodell propagieren. Er unterscheidet drei einflussreiche Gruppierungen 1. Neoliberale Positionen: Familienunternehmen gegen Gleichstellungspolitik; 2. Klerikal-aristokratische Netzwerke (klerikale Netzwerke, evangelische und katholische Fundamentalist_innen, russische und russisch-orthodoxe Netzwerke), 3. Nationalkonservatives Kleinbürgertum, Geschlechterpolitik als Bevölkerungspolitik mit stark völkischer Ausrichtung. Er fasst zusammen: „Am Beispiel der AfD lassen sich verschiedene Verbindungen zwischen christlich-fundamentalistischen, antifeministischen und neoliberalen sowie nationalkonservativen Ideologien aufzeigen. […] Untersuchungen zu antifeministischen Netzwerken stellten in den letzten Jahren fest, dass diese durch die Klammer eines gemeinsamen Gegners ‚Feminismus' beziehungsweise ‚Genderismus' zusammengehalten werden" (Kemper 2015: 29f.).[2]

2.2 Argumentationsmuster – Worum geht es den Akteur_innen?

Zentral geht es den Akteur_innen darum, eine kulturelle Hegemonie über Formen des Begehrens und Zusammenlebens, konkreter: die heteronormative Kleinfamilie, zu verteidigen. Auch wenn kein Gesetz, keine Kampagne, keine Initiative das Existenzrecht heterosexueller Familie in Frage stellt, so suggerieren die rechten Politisierungen von Sexualität doch, dass diese Familienform bedroht und daher zu schützen sei. Alle Kampagnen des Bündnisses *Demo für alle* (Demos, Petitionen) richten sich entweder gegen aktuelle Bildungspläne zum Thema Sexualerziehung (in denen es im Wesentlichen um die Akzeptanz sexueller Vielfalt geht) oder auf die Propagierung der Exklusivität von Ehe für heterosexuelle Paare – wie ja

[2] *Pegida:* Zuletzt sei nur erwähnt, dass auch Pegida die Abwehr von „Frühsexualisierung" in die Formulierung ihrer Dresdner Thesen aufgenommen hat. Dort beinhaltet die erste These gleich eine bunte Mischung diverser miteinander nicht zusammenhängender Dinge: „1. Schutz, Erhalt und respektvoller Umgang mit unserer Kultur und Sprache. Stopp dem politischen oder religiösen Fanatismus, Radikalismus, der Islamisierung, der Genderisierung und der Frühsexualisierung. Erhalt der sexuellen Selbstbestimmung."

auch in dem zentralen Slogan „Ehe und Familie vor. Stoppt Gender-Ideologie und Sexualisierung unserer Kinder". Es geht darum, die Norm der heterosexuellen Kleinfamilie als einzig legitime Lebensform herauszustellen und die Existenz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt zu diskreditieren. Die Vorstellung einer klar binär und heterosexuell ausgerichteten Identität wird mit der Vorstellung einer unverbrüchlichen sozialen Ordnung verbunden. D.h. klare Orientierungen innerhalb der vorgegeben Norm befestigen Stabilität von Gesellschaft. Thematisierungen von Homo- und Transsexualität aber auch davon, dass Geschlechtsidentitäten nicht so starr und binär sind, wie die Norm sie teilweise vorgibt (Mädchen-Jungs), würden diese Norm in Frage stellen und sie somit gefährden. Verantwortlich für diese Thematisierungen sind in den Argumentationen allein: Sexualpädagogik und Gender-Forschung bzw. deren „Lobby-Gruppen". Zentral sind in den Texten, die die Legitimität der heterosexuellen Ehe und die Illegitimität anderer Lebensformen behaupten, folgende drei *Argumentationsmuster*:

1. Familie als Abstammungsgemeinschaft: Die Familie wird über Natur, Gesetz und Gewohnheitsrecht als Abstammungsgemeinschaft begründet. Ehe sei einzig der staatlich zu schützende Zusammenschluss einer Frau und eines Mannes mit dem Zwecke der Zeugung von Nachkommenschaft. Diese stark enthistorisierende, naturalisierende und stark normativ aufgeladene Vorstellung von Familie lässt sich dann mit völkischen Vorstellungen einer homogenen Gemeinschaft verschränken (wie in der Magdeburger Erklärung).

2. Sexualität als Bedrohung von außen: Dieses Argumentationsmuster räumt Sexualität negativ einen besonderen Stellenwert ein, sie wird in das Außen gelegt bzw. als illegitim verurteilt, sofern sie nicht vom heterosexuellen Paar praktiziert wird. Beispielhaft sei hier auf die Broschüre „Die verborgenen Wurzeln der ‚modernen' Sexualaufklärung" der Besorgten Eltern verwiesen, in welcher diese ihre These der „Frühsexualisierung" (pseudo-)wissenschaftlich belegen. Die Geschichte der Sexualaufklärung wird so erklärt: Eine Reihe von Personen mit ‚perversen' Neigungen (von Kinsey bis Butler) hätten eine Sexualpädagogik begründet, mit der in den Schulen „Kinderseelen" belästigt würden. Hinter dieser „übertriebenen Sexualaufklärung" liege aber wieder die Gender-Ideologie (als „Drahtzieher" werden Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und pro familia genannt), die die Familie zerstören würden: „Letztlich verfolgt Gender das Ziel, die Entstehung des menschlichen Lebens zu verhindern durch die Förderung der Homosexualität, Verhütung und Abtreibung. Wo dies nicht gelingt, wird die Familie als Keimzelle glücklicher Kinder gezielt zerstört." (S. 17)

3. Das zu schützende Kind: Als drittes und die beiden vorher genannten verbindendes Argumentationsmuster ist die Referenz auf das Kind/die Kinder zu nennen, deren Schutz und Rechte eingeklagt werden. Aber auch hier offenbart sich wieder eine sehr partikulare Sicht auf das, was für Kinder relevant sei. So hätten die Kinder ein Recht auf biologische Abstammung, ein Recht auf Mutter und Vater. Die Kinder bilden den Kern der Definition der Ehe als geschlechtlich binärer Zeugungs- und Abstammungsgemeinschaft und werden somit funktionalisiert für die Begründung heterosexueller Exklusivität sowie für die Abwehr und Diskreditierung sexueller Vielfalt. Interessanter Weise geht es aber hier nicht um das Recht der Kinder auf körperliche Unversehrtheit, Versorgung, eine eigenständige Entwicklung und vieles mehr, was man an basalen Kinderrechten kennt. Auch geht es ganz offensichtlich nicht um Kinder, die an der propagierten Norm leiden, noch um die Rechte von

Kindern aus Regenbogenfamilien. Und auch nicht um den Schutz von Kindern vor politischer Instrumentalisierung.

Der Bezug auf Kinder hat also eine vor allem strategische Funktion.

Das Argument „Kindeswohl"/„Sorge um Kinder" wirkt immer, es sichert Aufmerksamkeit, verleiht Glaubwürdigkeit und vor allem moralisches Gewicht. Kinder repräsentieren in diesen Bezugnahmen Unschuld und Bedürftigkeit. Durch symbolische Überhöhung wird den Kindern somit eine, wie Doris Bühler-Niederberger treffend schreibt, „Macht der Unschuld" zugeschrieben, welche gewinnbringend für die eigene Argumentation genutzt werden kann. Der Bezug auf das Kind bzw. Kindeswohl hat m.E. eine *zweifache Funktion*. Zum einen werden Kinder hier *instrumentalisiert*, um konservative Werte- und Familienvorstellungen (im extremen Fall auch nationalkonservative bzw. völkische Vorstellungen) durchzusetzen, wenn argumentiert wird, dass diese im Sinne der Kinder seien bzw. dass deren Wegfall eine Bedrohung für Kinder bedeute. Zum anderen hat der Bezug auf Kinder in dieser Ideologie auch noch die Funktion der *affektiven Projektion*. Kinder als unschuldige reine Wesen dienen hier als Projektionsfläche, auf sie wird das Gute, Reine, Klare projiziert und alles, was dieses gefährdet, wird problematisiert und muss bekämpft werden. Mit dem Appell des Schutzes von Kindern werden vor allem Affekte mobilisiert und es scheint dann nicht mehr möglich, mit rationalen Argumenten durchzudringen.

Die Argumente der beschriebenen rechtskonservativen Mobilisierungen werden durch folgende rhetorische Strategien gerahmt:

- Verkürzungen, Dekontextualisierung, Übertreibungen und Falschaussagen (z.B. die Gender-Ideologie behaupte Geschlecht sei jederzeit frei wählbar; Gender Studies seien unwissenschaftlich; bei der Sexualaufklärung würden die Kinder „indoktriniert")
- Diffamierungen und Verleumdungen (z.B. Gendermainstreaming sei Genderwahnsinn; Sexualaufklärer seien pervers und/oder pädophil)
- Verschwörungsrhetoriken („Lobbygruppen"; „Umerziehung"; Steuergelder, die in den Unterhalt von Genderprofessuren flössen; antietatistische Argumente)
- Emotionalisierung („Kinderseelen", Zerstörung von Familie, Bedrohung, Angst, Zerfall)

Es stellt sich nun die Frage, worum es diesen Mobilisierungen geht und warum sie relativ erfolgreich sind.

2.3 Worum es geht (nicht wirklich Schutz der Kinder, sondern…)

Mit der starken Politisierung von Sexualität und der dabei zentralen Instrumentalisierung des Kindeswohls, geht es darum kulturelle Hegemonie zu verteidigen und letztlich ein autoritäres Weltbild durchzusetzen. Ich gehe davon aus, dass man die Attraktivität dieser Ideologien nicht monokausal erklären kann. Ich sehe hier drei wichtige Erklärungen:

1. *Interessen- und Klientelpolitik*

Bei den Initiator_innen handelt es sich teilweise um sehr privilegierte Leute, die über enorme Ressourcen und einflussreiche Netzwerke verfügen. Ihnen geht es tatsächlich um so etwas wie *kulturelle Hegemonie*; sie wollen ihren Einfluss sichern und mit diesem konservative Werte verteidigen, zu denen auch der Glaube an eine natürliche Ungleichheit unterschiedlicher Gruppen gehört. Ihnen geht es somit gleichermaßen um Werte wie um die Macht derjenigen, die für diese Werte stehen bzw. davon profitieren.

2. *Angst vor sozialem Wandel*

Dass sich jedoch auch Menschen von den Kampagnen angesprochen fühlen, denen es bei diesem Engagement nicht unmittelbar um die Verteidigung von Eigeninteressen und Machtansprüchen geht, lässt sich darüber erklären, dass die Politisierung der Themen Sexualität und Geschlecht sich offenbar hervorragend dafür eignet, Ängste und Unbehagen zu bündeln, die mit sozialem Wandel allgemein zu tun haben. Mit einer Welt also, die immer verflechteter erscheint, in der Verantwortungen immer weniger zurechenbar sind, sich Ordnungen tatsächlich verflüssigen, rigide Normen in Frage gestellt werden, in einer zunehmend unsicher und prekär gewordenen oder als solche erscheinenden Welt. Diese Un-Ordnung löst Ängste aus. In der Rhetorik bedienen die Initiativen sich genau dieser Ängste, wenn von Verfall, Bedrohung, Verwirrung etc. die Rede ist. Und es werden Schuldige benannt: Gendermainstreaming, die „Homo-Lobby“ und die Sexualaufklärung. Versprochen wird ein Anker in einer sich immer schneller drehenden Welt: die klare Binarität der Geschlechter mit klar verteilten Rollen, die Kleinfamilie als vermeintlich heimeliger Hort und die Kontrolle oder Verbannung der Sexualität. Ausgeblendet wird freilich, wie stark normativ und exklusiv diese Ordnung ist und wieviel Leid die autoritäre Durchsetzung dieser Ordnung bedeutet. Ganz zu schweigen von den fatalen Folgen, die eine repressive Sexualmoral anzurichten in der Lage ist.

3. *Scharnier / “symbolic glue“*

Der Bezug auf das Kindeswohl und die Politisierung von Gender und Sexualität haben aber auch eine strategische Komponente. So hat die katholische Kirche angefangen gegen Gender zu mobilisieren, als sie merkte, wie sehr sie an Einfluss verlor. Es brauchte also ein neues Thema, über das Menschen zu mobilisieren sein könnten. Ein weiterer sehr wichtiger Kontext ist das gegenwärtige Erstarken von rechtskonservativen und rechtspopulistischen Bewegungen und Parteien in Europa. Viele Forscher_innen weisen darauf hin, dass offenbar die Politisierung von Gender und Sexualität in diesen Bewegungen eine wichtige strategische Funktion hat: Sie dient als „Scharnier zwischen rechtem Rand und Mitte“ wie Henning von Bargen und Barbara Unmüßig feststellen. Oder als Bindemittel, als „symbolic glue“, wie Ester Kovats argumentiert, weil darüber verschiedene rechtsextreme Themen und Gruppierungen miteinander verbunden werden können. So dient in Osteuropa die Mobilisierung gegen Gender und sexuelle Vielfalt dazu, Unbehagen an neoliberalen Umstrukturierungen und Kritik an liberalen Demokratien zu kanalisieren („Westliche Werte“) und dagegen Protest zu mobilisieren. Am Beispiel der AfD lässt sich zeigen, dass und wie sehr die Politisierung von Gender und Sexualität sich mit rassistischen und völkischen Argumenten verbinden lässt.

Wie sind der Einfluss und das Gewicht der rechten Politisierungen und Angriffe auf sexuelle Vielfalt einzuschätzen?

3. Politische Einschätzung und Impulse für Berater_innen von Regenbogenfamilien

Der Titel des Vortrags – „Vielfalt war gestern" – ist sicherlich zunächst rhetorisch zu verstehen und beschreibt nicht einen Ist-Zustand. Vielfalt ist keineswegs passé, im Gegenteil. Zum einen ist Vielfalt ja vor allem auch ein empirisches Phänomen – was die Repräsentant_innen der rechten Sexualpolitik systematisch verkennen. (Norm und Empirie/Praxis werden systematisch verdreht: Kleinfamilie als Norm, die Vielfalt als Praxis.) Zum anderen wächst tatsächlich die gesellschaftliche Akzeptanz von Vielfalt, wofür die Gegen-Proteste letztlich ein Ausdruck sind, d.h. die kulturelle Hegemonie konservativer Familienmodelle gerät ins Wanken durch die zunehmende Akzeptanz einer Pluralität von Lebens- und Beziehungsformen. Die Proteste sind aber auch mehr als ein letztes Aufbäumen der Gegenseite. Der harte Kern der rechten Mobilisierungen scheint mir verhältnismäßig klein, wenn auch privilegiert und mit Ressourcen und Einflussmöglichkeiten ausgestattet, d.h. gut vernetzt in verschiedene Kreise. Das andere ist aber, dass die Thematik insbesondere über die Figur des bedrohten Kindes und die Politisierung von Sexualität sehr anschlussfähig ist, wie ich ja im vorhergehenden Absatz zu zeigen versucht habe. Und tatsächlich sind diese Gruppierungen, so zahlenmäßig klein auch immer, in der Lage gewesen den Diskurs zu Sexualität mit zu beeinflussen. [Auch praktisch: siehe die Veränderung der Bildungspläne in Baden-Württemberg und Bayern.]

Ich glaube also, es ist durchaus geboten, diese Mobilisierungen ernst zu nehmen, und das heißt vor allem die Verteidigung demokratischer Grundwerte – zu denen die Akzeptanz von Vielfalt gehört – offensiv in Angriff zu nehmen. Und den rechten Gruppierungen nicht die Diskurshoheit und Deutungsmacht zu überlassen. Dazu gehört auch zu zeigen, dass Vielfalt immer schon gelebt wurde und dass diese eine Bereicherung für den/die einzelne aber auch für das Miteinander darstellt.

Für die Realität von Regenbogenfamilien bedeutet dies daher, sich den Begriff der Familie nicht nehmen zu lassen, sondern darauf zu beharren, dass Familie sowohl empirisch wie auch programmatisch mehr und anderes ist als eine biologische Abstammungsgemeinschaft, die heterosexuellen Paaren vorbehalten wäre. Das gilt natürlich auch für andere gesellschaftliche Gruppen, die sich ebenfalls dafür einsetzen müssen, den Familienbegriff nicht einer konservativen Deutungsmacht zu überlassen. Und auch die Instrumentalisierung und damit letztlich auch Entmündigung von Kindern in diesen Rhetoriken und Angriffen sollte man nicht unwidersprochen lassen.

Gleichzeitig sollte der rechte Gegenwind nicht verharmlost werden. Die Kampagnen sind stark homophob und verunglimpfend und sie schüren Ängste. Daher sind auch Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit zu den Themen sexuelle Vielfalt, auch zu dem Thema Sexualität und Kinder, wichtig.[3] Es ist wichtig, den Gegner_innen von Vielfalt nicht das Feld zu überlassen.

[3] In diesem Zusammenhang finde ich besonders sinnvoll die Argumentationshilfen in Form von Broschüren, die beispielsweise von der GEW oder dem Evangelische Zentrum konzipiert wurden.

Literatur:

Bargen, Henning von/Unmüßig, Barbara (2016): Antifeminismus – Scharnier zwischen rechtem Rand und Mitte. http://www.gwi-boell.de/de/2016/09/28/antifeminismus-scharnier-zwischen-rechtem-rand-und-mitte [Abgerufen am 7.5.2017]

Bühler-Niederberger, Doris (2005): Einleitung: Der Blick auf das eigene Kind – gilt der Gesellschaft. In: Dies.: Macht der Unschuld. Das Kind als Chiffre. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9–22.

Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (2015): „Eine Frage an und für unsere Zeit". Verstörende Gender Studies und symptomatische Missverständnisse. In: Dies. (Hg.) (2015): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen, S.15-39.

Kemper, Andreas (2015): Christlicher Fundamentalismus und neoliberal-nationalkonservative Ideologie am Beispiel der „Alternative für Deutschland". In: Billmann, Lucie (Hg.): Unheilige Allianz. Das Geflecht von christlichen fundamentalistischen und politisch Rechten am Beispiel des Widerstands gegen den Bildungsplan in Baden-Württemberg, Berlin, S. 21-29.

Kovats, Ester (2017): Das Schlachtfelt „Gender" in Europa. Die Krise der liberalen Demokratie, wie wir sie kennen. In: Ariadne 71, im Erscheinen.

Schmincke, Imke (2015): Das Kind als Chiffre politischer Auseinandersetzung am Beispiel neuer konservativer Protestbewegungen in Frankreich und Deutschland. In: Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hg.) (2015): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen, S. 93-109.

Teidelbaum, Lucius (2015): „Kein Bildungsplan unter dem Regenbogen". Homo- und transphobe Straßenproteste gegen den Entwurf eines neuen Bildungsplans in Stuttgart. In: Billmann, Lucie (Hg.): Unheilige Allianz. Das Geflecht von christlichen fundamentalistischen und politisch Rechten am Beispiel des Widerstands gegen den Bildungsplan in Baden-Württemberg, Berlin, S. 6-14.

Weniger, Dorthea (2017): Kultusminister Spaenle beugt sich dem Druck der „Demo für alle", in: DDS März 2017, S. 8-9.